

Indexlöhne und Ueberkonsum.

Von Arthur Heichen, Leipzig.

Die Welle der Geldentwertung, die nicht abebben will, das unaufhörliche Klettern aller Preise musste naturgemäss findige Köpfe auf den Gedanken bringen, sich durch einen national-ökonomischen Kunstgriff den wirtschaftlichen Wirnissen des Erdendaseins zu entziehen und die gestörte Harmonie der Dinge wiederherzustellen. Als erster auf dem Plan erschien der deutsche Bankbeamtenverein mit einem Tarifentwurf für das Bankgewerbe¹⁾, dessen leitender Gedanke der war, sich mit Hilfe von vierteljährlich herzustellenden Indexen von den Schwankungen der Kaufkraft des Geldes zu emanzipieren, dem Gehaltsempfänger die Aufrechterhaltung der bisherigen Lebensführung zu garantieren, indem man ein Einkommen normiert, das sich dauernd in der Weise verändern soll, dass die Gehaltssumme der Bankangestellten jeweils die gleiche Kaufkraft repräsentiert. Was den Bankangestellten recht ist, kann der Arbeiterschaft nur billig sein. Und so erschien unlängst ein Artikel der S. A. K. „Gleitende Löhne“, worin der Verfasser — Erwin Barth — ähnliche Forderungen vom Standpunkt der Arbeiterschaft entwickelt, wie jener Tarifentwurf für die Bankangestellten. Auch sonst ist das Problem der Indexlöhne in der Presse viel ventiliert worden. Bernhard hat schon auf das Bedenkliche des Tarifentwurfes der Bankangestellten, der in seinen Index sogar Steuern einbeziehen will, hingewiesen und die allerschwerste Gefahr der Gehaltsmark darin erblickt, dass mit ihr die Kontrolle der Warenpreise als Ansporn zu erhöhter Produktivität fortfällt. Barths Gedankengang in bezug auf die gleitenden Löhne ist ein ähnlicher. Es sei ein dringendes Gebot, alles zu tun, um eine gewisse Stabilität in die Lebenshaltungs- und Entlohnungsfragen zu bringen. Das Entlohnungssystem müsse elastisch dem System der Preisbildung folgen. Die Löhne müssen gleiten, wie sich die Lebenshaltungskosten verschieben. Es müsse festgesetzt werden, was durchschnittlich die Haushaltsausgaben für Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung und sonstigen Bedürfnissen an Geldaufwand verursachen. Bei dieser Aufstellung müsse berücksichtigt werden — Barth erkennt hier anscheinend selber den wunden Punkt seiner Vorschläge! —, dass wir uns in einem Zustande sehr ernster Armut befinden, und dass im allgemeinen jedem Menschen ein gewisses Minimum an wirtschaftlichen Gütern zugänglich gemacht werden müsse. Der Gedanke erscheint auf den ersten Blick äusserst plausibel und einleuchtend, dies um so mehr, als sein letztes Ziel die so notwendige „Befriedigung“ unseres Wirtschaftslebens ist. Aber die volkswirtschaftlichen Folgen? Die Festlegung von Indexlöhnen bedeutet nichts anderes als die Garantie eines steten Konsums für den einzelnen, die Garantie einer bestimmten Lebenshaltung. Die eine wirtschaftliche Funktion steigender Preise, nämlich die Einschränkung des Konsums, wird dadurch vollkommen ausgeschaltet — eine Tatsache, die zu einer Zeit einer unerhörten Passivität unserer Zahlungsbilanz, des Auseinanderklaffens zwischen nationaler Produktion und Konsum, äusserst bedenklich erscheinen muss. Nicht ohne eine gewisse Besorgnis muss heute der Volkswirt in breitesten Schichten unseres Volkes — und nicht nur die Schmarotzer des Schiebertums kommen hierbei in Frage! — eine Neigung zum „Ueberkonsum“ betrachten. Ueberkonsum ist ja ein relativer Begriff, aber er gewinnt angesichts der ungeheuren Armut, in der wir uns befinden, sofort auch da einen Sinn, wo es früher niemandem eingefallen wäre, daran auch nur einen Augenblick zu denken. Ueberfüllte Kinos und Theater, Raucherluxus, der Verzehr teuerster Auslandslebensmittel ist zur Gegenwart ein deutlicher Fingerzeig dafür, wie tief selbst

breiteste Schichten des Volkes im Ueberkonsum stecken. Wir werden uns in kürzester Zeit an spartanischere Sitten, an grössere Sparsamkeit und Bescheidenheit gewöhnen müssen, wenn wir nicht verkommen wollen. Ob diese Tatsachen bei Festlegung der Indexziffern wohl genügend in Betracht gezogen werden? Wir glauben: schwerlich! Noch ist der Ernst unserer Lage nur wenigen aufgegangen und diese wenigen predigen vorderhand tauben Ohren. Ob man bei der Feststellung der Indexziffern und der ersten Lohnsätze wirklich nur die allernotwendigsten Ausgaben veranschlagen wird? Wird man nicht auch den Rauchtobak, die Zigarren und andere überflüssige Dinge dabei stillschweigend einbeziehen? Jedenfalls liegt unsere unserer Armut „angemessene“ Lebenshaltung bedeutend tiefer als es die Konsumfreudigkeit unserer Tage angezeigt erscheinen lässt. Eine Garantie einer gewissen Lebenshaltung ist unter den heutigen Verhältnissen einfach unmöglich. Wir wissen noch gar nicht, auf welchem Fuss wir in der Zukunft leben dürfen, und nur die Allereinsichtigsten wissen, dass wir heute „über unsere Verhältnisse“ leben. Man kann aber ein Ungewisses der Zukunft nicht garantieren: nicht nur die Entwicklung unserer Produktion bestimmt unseren Konsumstandard, sondern auch andere Verhältnisse, über die wir gar nicht Herr sind. Je kräftiger die Entente ihre Wiedergutmachungsschraube anzieht, desto tiefer sinkt unsere Lebenshaltungskurve nach unten — diese selber zu bestimmen und zu stabilisieren, haben wir also allein gar nicht in der Hand. Wer also dennoch durch Indexlöhne eine bestimmte Lebenshaltung garantieren will, wer die Preissteigerung für den Massenkonsum irrelevant machen will, der eskomptiert „bessere Zeiten“, die nach Jahrzehnten vielleicht wiederkommen mögen, und gleicht jemandem, der es mit einem Sprung über seinen eigenen Schatten versuchen will. Dem Wirtschaftselend unserer Tage kann man sich nicht mit einem Kunstgriff, einem Kniff entziehen. Denn was wäre denn die Folge solcher Indexlöhne, die Preissteigerungen unwirksam und Konsumeinschränkungen dieserhalb unmöglich machen? Es wäre eine Sanktionierung und Galvanisierung des Ueberkonsums, ein Mittel, unsere Wirtschaft einem galoppierenden Ende entgegenzuführen. Konsum und Produktion in Kongruenz zu bringen, wäre unmöglich, die Passivität unserer Zahlungsbilanz würde verewigt und vergrössert, die Notenpresse würde mit zunehmender Geschwindigkeit solange arbeiten müssen, bis das Ende mit Schrecken, der völlige Wirtschaftsbankrott käme. Deshalb mögen steigende Preise so bedenklich sein wie sie wollen, jedenfalls sind sie ausser den nur ungenügend wirksamen Steuern und den direkten Zwangsrationen das einzige Mittel, auf Konsumbeschränkungen und Sparsamkeit hinzuwirken. Nur unter einer Bedingung erscheinen Indexlöhne aus diesem Grunde diskutabel. Die steigenden oder fallenden Indexziffern mögen immerhin als Grundlage eines zwischen den beiden Kontrahenten, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zu vereinbarenden Entlohnungssystemen gelten, dann aber muss einer dritten unbeteiligten Stelle, am besten dem Staat, die unbedingte und durch keinen Einspruch zu beseitigende Verfügung über die Ausgangslage der Indexziffern und der ersten Lohnbemessung bleiben. War die Ausgangslage heute 100, so muss sich einer staatlichen Intervention jederzeit die Möglichkeit bieten, diese mit autoritativer Geltung auf 98, 95, 90 usw. festzusetzen — dann nämlich, wenn sich herausstellt, dass die Summe der Einzeleinkommen zum anfallenden Nationalprodukt in einem Missverhältnis steht. Dieselbe wirtschaftliche Funktion steigender Preise, nämlich Konsumeinschränkung, wird dann auf dem Umweg über die Kürzung der Einkommen erzielt — ein Weg, der deshalb vorteilhafter

1) Vgl. „Die Gehaltsmark“, Plutus vom 17. Dezember 1919.